

BUND e.V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Frau Bundesministerin
Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128 – 130
10117 Berlin

26. Oktober 2016

Offener Brief zur Biodiversitätskonferenz (CBD COP 13) und der Gefahr von Gene Drives

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

im Dezember 2016 findet in Mexiko das 13. Treffen der Vertragsstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) statt. Mit diesem Brief möchten wir Sie dringend bitten, sich auf der Konferenz für Maßnahmen gegen eine unkontrollierte Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen einzusetzen. Dieses Thema wird auf der COP13-Konferenz sowohl unter dem Punkt synthetische Biologie verhandelt, als auch im Rahmen des 8. Treffens der Vertragsstaaten des Cartagena Protokolls, bei dem es u.a. um den Bericht einer Expertengruppe über die Chancen und Risiken von Organismen geht, die mit Hilfe von synthetischer Biologie hergestellt werden.

Bereits heute sind verschiedene Beispiele für die unkontrollierte Ausbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Umwelt dokumentiert: Baumwolle in Mexiko, Raps in Nordamerika, Japan, Australien und der Schweiz sowie Gräser in den USA. Darüber hinaus wurden wiederholt Transgene in regionalen oder ursprünglichen Sorten gefunden, so zum Beispiel in mexikanischem Mais und in Reis aus China.

Diese Entwicklung gibt besonderen Anlass zur Sorge bezüglich geplanter Freisetzungen gentechnisch veränderter Bäume, Fische und Insekten sowie der neuen Herausforderungen durch die synthetische Biologie und das sogenannte Gene-Editing. Es ist wahrscheinlich, dass in naher Zukunft viele dieser Organismen freigesetzt werden sollen. Damit erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit einer unkontrollierten Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen in der Umwelt.

Höchste Dringlichkeit erhält unser Anliegen durch die Diskussion über den Einsatz so genannter Gene Drives. Diese verändern nicht nur die Erbinformation, sondern auch die Häufigkeit der Vererbung, so dass sich die im Labor eingebaute DNA erheblich schneller in betroffenen Populationen ausbreiten kann, als das natürlicherweise der Fall wäre. Der Einsatz von Gene Drives wird derzeit u.a. zum Zweck der gentechnischen Veränderung natürlicher Populationen oder auch der Ausrottung bestimmter Arten diskutiert. Eine ausreichend wirksame Kontrolle über diese Freisetzungen gibt es nicht.

Während bisher Kulturpflanzen oder Nutztiere im Zentrum der gentechnischen Anwendungen stehen, geht es jetzt darum, natürliche Populationen gentechnisch zu verändern. Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen, die dazu führen, dass sich deren Gene in natürlichen Populationen ausbreiten können, sind nicht zu verantworten. Wenn wir zulassen und gar

anstreben, dass gentechnisch veränderte Organismen ihr Erbgut in natürlichen Populationen verbreiten, gleicht dies einem Eingriff in die „Keimbahn“ der biologischen Vielfalt, dessen Auswirkungen alle künftigen Generationen und deren Ökosysteme betreffen.

Auch unter Berücksichtigung bereits bestehender Gesetze sind derartige Freisetzungen äußerst problematisch:

- Eine räumliche und zeitliche Kontrolle der Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen ist eine unverzichtbare Voraussetzung für jegliche seriöse Risikobewertung: Es ist nicht möglich, belastbare Aussagen über die Folgen der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zu machen, wenn sie sich in der Umwelt ausbreiten und Teil evolutionärer Prozesse werden.
- Das Vorsorgeprinzip kann nur umgesetzt werden, wenn gentechnisch veränderte Organismen im Notfall auch wieder aus der Umwelt entfernt werden können. Das aber ist oft unmöglich, sobald sich die Organismen z.B. in natürlichen Populationen verbreitet haben.
- Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung des Cartagena-Protokolls dazu verpflichtet, die biologische Vielfalt vor einer länderübergreifenden, unkontrollierten Ausbreitung von gentechnisch veränderten Organismen zu schützen. Die steigende Zahl von Fällen unkontrollierter Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen verstärkt das Risiko einer grenzüberschreitenden Ausbreitung jedoch erheblich.

Um ein ausreichendes Schutzniveau für Mensch und Umwelt zu gewährleisten, fordern wir insbesondere ein Verbot der Freisetzung, des Imports und des kommerziellen Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen, wenn sich diese in natürlichen Populationen auskreuzen und ausbreiten können.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, wir sind sehr beunruhigt angesichts des drohenden Verlusts der Kontrolle über die Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen und der sich abzeichnenden neuen Herausforderungen. Wir erwarten deswegen, dass Sie sich auf der anstehenden Konferenz der Vertragsstaaten dafür einsetzen, dass der Anwendung der Gentechnik im Hinblick auf die mögliche unkontrollierte Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen klare Grenzen gesetzt werden. Wir hoffen, dass Sie unsere Forderungen unterstützen und bitten Sie um eine baldige Stellungnahme.

Gern stehen wir auch für ein Gespräch mit Ihnen und Ihren MitarbeiterInnen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen, für die Unterzeichner



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender BUND e.V.

Weitere Ansprechpartner für die unterzeichnenden Organisationen:

Heike Moldenhauer, BUND, heike.moldenhauer@bund.net; Benedikt Haerlin, Save Our Seeds, Tel 030-27590309, haerlin@zs-l.de; Georg Janßen, janssen@abl-ev.de; Christof Potthof, Gen-ethisches Netzwerk, Mobil: 0163-2606359, cp@gen-ethisches-netzwerk.de; Dr. Eva Gelinsky, gentechnikfreie-saat@gmx.de; Dr. Christoph Then, Testbiotech, 0151-54638040, christoph.then@testbiotech.org.